

Klimapolitik: Teurer nutzloser Klimaschutz! EU zahlt 7,2 Milliarden Euro an Entwicklungsländer

geschrieben von Wolfgang Müller | 17. Oktober 2013

"Wir verteilen durch die Klimapolitik defacto das Weltvermögen um"

teilte der Vizechef des Potsdam Instituts für Klimaforschungsfolgen (PIK) und Vizechef des IPCC Ottmar Edenhofer dem verblüfften Interviewer der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) Bernd Pötter im Vorfeld des IPCC Klimakongresses in Cancun am 14.11.2010 mit. Und er stellte im selben Interview auch klar, dass die internationale Klimapolitik nichts mit Umweltpolitik zu tun hat. Das war und ist allen Teilnehmern am Billionenspiel -"Klimaschutz" genannt- von Anfang an ebenso klar gewesen wie Edenhofer. Nur hat der das erstmal öffentlich ausgesprochen.

Auch den EU Politikern, Ministern und Ministerialbeamten, die sich jährlich zum IPCC Klimazirkus treffen incl. deren deutscher Antreiber, war und ist dies klar. Trotzdem wird weiterhin kräftig das Lied von der Notwendigkeit des "Klimaschutzes" gesungen und tatkräftig unterstützt von starken Kräften im Lande wie Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Greenpeace, BUND, WWF und viele andere zu deren Vorteil dieser Geldsegen allemal gereicht.

Zum Verteilen gehören mindestens drei

Nun gehören zum Verteilen mindestens drei, einer der verteilt, einer der gibt, besser, dem genommen wird und einer der bekommt.

Die ebenso einträgliche wie einflussreiche Verteilerstelle hat sich die UN gesichert. Über den Trick mit dem Klimaschutz hat sie sich inzwischen viele Behörden mit hoch dotierten einflussreichen Posten geschaffen, die beim Umverteilungsprozess maßgeblich mitwirken. Ist doch in Cancun 2010 die Errichtung von ca. 90 UN Behörden verabredet worden, die die dort vereinbarten 100 Milliarden Dollar jährlich (bis 2020) für diese Zwecke einnehmen und verteilen sollen. Die sind von den westlichen Ländern – vorrangig EU und USA- aufzubringen und sollen von den "armen" Ländern und Inselstaaten empfangen werden.

Die EU ist der größte Geldgeber

An vorderster Stelle der Geber steht – wie anders- die EU. Kann sie doch mit dem Geld Ihrer Bürger machen was sie will. Insbesondere verschwundensfreudig zeigt sie sich beim Klimaschutz, denn da geht es zumindest vordergründig um hehre Zwecke. In solch einem Fall kennt die Ausgabefreudigkeit der EU keine Grenzen.

Einem kürzlich vorgestellten Bericht der ClimateAction -einer Unterabteilung der EU-Kommission- ist zu entnehmen, dass die EU der weltweit größte Geber für die Entwicklungsländer ist, um die Konsequenzen des Klimawandels zu bekämpfen.

Dafür wurden soeben mal auf die Schnelle von der EU und einigen willigen Ländern in Kopenhagen und Cancun vereinbart 30 Mrd \$US aufzubringen, um nur die ärgsten Klima-Nöte zu lindern. Und Climate Action meldet auch noch stolz, dass die EU, über die dazu extra gegründete Global Climate Change Alliance (GCCA) das "fast start finance" Programm bereits 2012 erfüllt hatte.

7,2 Milliarden € waren ausgereicht.

Und ebenso stolz wird versprochen, dass dieses Füllhorn auch nach 2012 weiter an die Empfänger ausgeschüttet wird, bis 2020 die vereinbarte Zahl von 100 Milliarden \$ jährlich erreicht worden sind. Dann wird es nicht etwa weniger, sondern noch mehr, denn das steht schon fest.

Die UNO sichert sich die Verteilpfründe

Und damit auch alles seine Ordnung hat muss der Geldsegen von höchster Stelle begutachtet werden. Dazu wurde von der UN der Green Climate Fund (GCF) etabliert, dessen ehrenwerte Board Mitglieder sich zur Gründungsversammlung im August 2012 in Südkorea trafen.

Deutschland zahlte zusätzlich 500 Millionen € allein für die Klimaforschung

Gegen diese Riesensummen nimmt sich der deutsche Beitrag zu Klimaforschung geradezu bescheiden aus. Deutschland hat, so die frisch gekürte evtl wieder zu ernennende Forschungsministerin Frau Wanka , seit 2007 knapp 500 Millionen € in die Klimaforschung investiert.

Deshalb ist es auch kein Wunder, dass die deutschen Forschungsinstitute und Universitäten sich sehr danach sehnen und alles dafür tun, dass dieser Geldsegen auch weiterhin und möglichst noch stärker fließt. Da sind Forschungsarbeiten, wie die bei der Universität Leipzig vom Verfasser eingereichte Dissertation, welche sich kritisch mit existentiellen Themen der Klimaforschung auseinandersetzt, sehr unerwünscht.

Sie wurde daher 2010 unter Verwendung bestellter, aber sachlich katastrophal falscher Gutachten, schlankweg abgelehnt. Denn sie hätte ja gefährlich werden können. Vor Gericht aber hatte die Ablehnung keinen Bestand und musste im September d.J. kleinlaut zurück genommen werden. Zudem musste sich die Fakultät entschuldigen.

An der grundsätzlichen Gier nach dem vielen Geld und der damit

verbundenen staatstragenden "Klimaforschung" hat sich jedoch nichts geändert. Die Freiheit der Wissenschaft endet da, wo der Geldtopf steht.

Michael Limburg